

„Demokratische Prinzipien außer Kraft gesetzt“

Wem gehört eigentlich die KMW? Den Herren Müller und Beutel, oder den Bürgern?

Mainz, 9.10.2008. Die gestrige Entscheidung des Wiesbadener Oberbürgermeisters Müller, Widerspruch gegen den Beschluss seiner Stadtverordnetenversammlung zu einem sofortigen Planungsstopp des Mainz-Wiesbadener Kohlekraftwerks einzulegen, kommentiert Patrick Hassenpflug, Sprecher der Bürgerinitiative Kohlefreies Mainz (KoMa):

„Der Wiesbadener Oberbürgermeister Müller befindet sich mit seiner Entscheidung in schlechter Gesellschaft. Spätestens seit heute gilt hüben wie drüben: Bürgerwille wird ignoriert und Beschlüsse von demokratisch gewählten Parlamenten werden nur dann akzeptiert, wenn sie den Oberbürgermeistern genehm sind.

So wird der Mainzer OB nicht müde zu betonen, das Mainzer Stadtparlament habe im Januar 2007 dem Kohlekraftwerk zugestimmt und somit habe die KMW eine Legitimation das Kohlekraftwerk zu bauen. Die Entscheidung von damals hat er nie angezweifelt, im Gegenteil, heute muss sie als Rechtfertigung für die völlig übereilte Bestellung des Milliarden-teuren Kohlekraftwerks erhalten. Mit guten Gründen hat aber ein Teil des Stadtrates seine Position zum Kohlekraftwerk überdacht und vor einem halben Jahr beschlossen, es solle kein Kohlekraftwerk gebaut werden. Aus dieser Entscheidung leitete der OB nun aber keinen Arbeitsauftrag ab – wen wundert's, ihm passt der Beschluss ja nicht ins Konzept. Auch dass seither das Parlament eindringlich einen sofortigen Planungsstopp fordert – ihm doch egal. 60.000 Einwendungen, darunter von ca. 20.000 Mainzer Bürgern? Irrelevant.

Und nun auch in Wiesbaden: Dort wollte man den Antrag gegen das Kohlekraftwerk von Seiten der Verwaltung gar nicht erst zur Beschlussfassung zulassen. Zwei Gerichte mussten erst bemüht werden, die beide in bemerkenswerter Eindeutigkeit die Verwaltung (und damit auch den Oberbürgermeister) in ihre Schranke gewiesen haben. Nach seiner Entscheidung, dem Beschluss seines eigenen Parlaments nicht zu folgen, sorgt er dafür, dass das Kohlekraftwerk noch mehr Gerichte beschäftigen wird und somit die Hängepartie rund um den Kohlemeiler nur verlängert wird. Es wäre schlauer gewesen die Zeit und das Geld zu nutzen, um endlich Alternativen zum Kohlekraftwerk in Angriff zu nehmen.

Die Kernfrage, die sich aber alle stellen müssen ist diese: Die KMW gehören nicht Herrn Beutel und nicht Herrn Müller, sondern den Städten Mainz und Wiesbaden und damit den Bürgern der Städte. Die wollen genauso wenig wie die beiden von ihnen gewählten Parlamente, ein Kohlekraftwerk und haben dies mittlerweile oft genug und völlig unmissverständlich zum Ausdruck gebracht. **Was müssen sie eigentlich noch tun, damit ihr Votum als Eigentümer der KMW endlich respektiert wird?**

Der hessische Verwaltungsgerichtshof hat es auf den Punkt gebracht: Würde der Gemeindevorstand (also der Oberbürgermeister) in einer solch wichtigen Entscheidung das Votum des Parlaments ignorieren, so würde dies die ‚demokratischen Prinzipien außer Kraft setzen‘.

Wenn der Begriff nicht so große geschichtliche Bedeutung hätte, wäre man geneigt, den beiden Oberbürgermeistern zuzurufen: Wir sind das Volk!“